

Frauen sollen einen Durchschnitt der verschiedensten gesellschaftlichen Sektoren und sozialen und politischen Überzeugungen repräsentieren. Verschiedene soziale und politische Überzeugungen werden einbezogen, um sicherzustellen, daß so viele Sichtweisen wie möglich zum Ausdruck kommen werden. Das Organisationskomitee entschied sich für die Repräsentation gesellschaftlicher Bereiche - statt geographische oder noch andere Repräsentationskategorien auszuwählen - in der gemeinsamen Überzeugung, daß die Lebensbedingungen der Frauen sehr unterschiedlich sind und daher am klarsten in der sektoralen Erfahrung zutage treten. (...)

6. Was sind GABRIELAs Ziele?

GABRIELAs Ziele sind:

- an der Zehnjahresfeier des Internationalen Jahres der Frau mitzuwirken;
- die Probleme zu formulieren, die die Lebensbedingungen der Frauen im allgemeinen und der philippinischen Frauen (im besonderen) beeinträchtigen;
- die philippinische Frau ins öffentliche Leben zu ziehen und ihr Verständnis von ihrer Rolle im

derzeitigen Kampf innerhalb der philippinischen Gesellschaft zu artikulieren;

- Kräfte untereinander, zusammen mit dem Rest der Nation, im Kampf für Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und echte Demokratie zu vereinen.

7. Was hofft GABRIELA zu erreichen?

Die Versammlung wird hoffnungsvoll zur Sprache bringen:

- sektorale Erklärungen zu Lebensbedingungen von Frauen;
- eine einmütige Prioritätensetzung bei Problemen, denen sich die Versammlung als ganze zuwendet;
- ein Aufruf zu vereintem Handeln.

8. Was steht hinter GABRIELA?

GABRIELAs Organisationskomitee und Fördervereine setzen sich aus Vertretern folgender Organisationen zusammen:

- SAMAKANA (Samahan ng Makabayang Kababaihang Nagkakaisa)
- WOMEN (Women in Media Now)
- CAP (Concerned Artists of the Philippines)
- AAP (Art Association of the Philippines)

- NOWRP (National Organization of Women Religious of the Philippines)
- PILIPINA
- KAMAY (Kapisanan ng mga Madres sa Kamaynilaan)
- FAB (Farmer's Assistance Board)
- KMK (Kilusan ng Manggagawang Kababaihan)
- SAMAKA (Samahan ng Mag-aaral na Kababaihan)
- KAKAMPI (Kalipunan ng Kababaihang Makabayan ng Pilipinas)
- KALAYAAN (Katipunan ng Kababaihan para sa Kalayaan)
- SJCAA (St. Joseph's College Alumni Association)
- AMRSWP (Association of Major Religious Superiors of Women of the Philippines)
- ALSWAM (Association of Local Superiors of Women in the Archdiocese of Manila)

aus: GABRIELA, Assembly Proceedings, March 10/11, 1984
St. Scholastica's College, Manila, S. 3f
(Zusammenfassung und Übersetzung aus dem Englischen: Klaus Marquardt)

1985 Manila-Deklaration zu Rechten und Wohlfahrt der Frauen

Dokumentation

Wir, Frauendelegierte, die aus verschiedenen Bereichen der philippinischen Gesellschaft kommen und 52 Frauenorganisationen von Luzon, Visayas und Mindanao repräsentieren, zusammen mit allen internationalen

Delegierten, die in Solidarität mit unserem Kampf kamen und mit uns hier versammelt sind zum Zweiten Nationalen Kongreß von GABRIELA, prangern an und verdammen die doppelte Unterdrückung und Ausbeutung

der Frauen, als Frauen und als Mitglieder einer bestimmten Klasse - in einer Gesellschaft, in der Bedingungen der Ungleichheit und Ungerechtigkeit existieren, wie sie im folgenden festgehalten sind:

Sexuelle Diskriminierung und Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt, verdeutlicht durch:

- die Mißachtung der Landfrauen in ihrer Bedeutung für die Produktivität als landwirtschaftliche Arbeitskräfte;
- negative Auswirkungen von Landreformen und anderen landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien auf die Landbevölkerung, speziell die Frauen;

- ungleiche Löhne - gerade unter den gering Qualifizierten;
- niedrige Löhne bei Arbeitern/innen und in qualifizierten Berufen ("professionals"), besonders in solchen Bereichen, die von Frauen dominiert werden;
- Mangel an Arbeitsmöglichkeiten, gerade wenn bedacht wird, daß Stellenvermittlung zuallererst Männern geboten wird;

- Fehlen von Arbeitsmöglichkeiten, gerade unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen, die durch eine extrem restriktive Unternehmenspolitik gekennzeichnet sind;
- Mangel an Möglichkeiten, Qualifikationen an ihrem Arbeitsplatz zu erwerben; und
- die Politik, sie als letzte zu heuern und als erste zu feuern.

(Sexuelle Diskriminierung und Ungleichheit in) Bildung und Kultur, verdeutlicht durch:

- Mangel an Bildungsmöglichkeiten für Frauen, eine Bedingung, die durch die ökonomische Krise noch verschärft wird;
- das Benutzen von Frauen aus verschiedenen Bereichen und Berufen als Werkzeuge für kulturelle Übermittlung und institutionalisierte Propaganda repressiver, kolonialer, bürgerlicher und rückwärtsgewandter Werte;

- das Vorherrschen arrangierter Heiraten und/oder die fehlende Möglichkeit, den Gatten frei zu wählen;
- das Herausheben der gesellschaftlichen Sicht von der Frau als das schwächere Geschlecht, als Lustobjekt und als sexuelle Ware in den Medien;
- das Errichten von Rollenklischees, was zu doppelter Moral und doppelzüngiger Praxis führt und Frauen als dem Manne untertan und gehorsam idealisiert.



Nichtgewährung von und fehlende oder falsche Information zu natürlichen Rechten der Frauen und Vorsorgemaßnahmen der Kinderpflege, was sich ausdrückt in:

- Mangel an Mutterschafts- und Kinderfürsorgemöglichkeiten;
- Mangel an Wissen von und Information über sichere und effektive Verhütung;
- Mangel an sexueller Aufklärung und daher:
- Mangel an Selbstbestimmung über ihren Körper (Empfängniszeitraum, Kinderzahl; das Recht, sich ihrem Ehemann/Partner zu verweigern, wenn dieser sie bedrängt);
- Mangel an angemessener medizinischer Fürsorge und Information, was diese Frauen unfähig macht, ihr Wohlergehen selbst zu sichern und zu fördern;

Sexuelle Gewalt gegen Frauen durch:

- sexuelle Belästigung und tatsächlicher Machtmißbrauch am Arbeitsplatz ("Zieh dich aus oder zieh Leine" - Einstellungspolitik);
- institutionalisierte Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch von weiblichen politischen Gefangenen und anderen Frauen, die vom Staat als "Volksfeinde" angesehen werden;



Angesichts dessen und im Bewußtsein unserer kolonialen Vergangenheit, aus der die Übel entspringen, die dem philippinischen Volk in der derzeitigen Gesellschaft entgegen-treten, und in Solidarität mit den gerechten Kämpfen der Völker in der Dritten Welt und in anderen Ländern, beschließen wir, die Delegierten des Zweiten Nationalen Kongresses von GABRIELA, hiermit, aktiv in der allgemeinen Bewegung gegen alle Formen von Tyrannei und Unterdrückung teilzunehmen, die dem philippinischen Volk wahre Gerechtigkeit und Freiheit bringen wird, indem wir:

Desweiteren fordern wir und beschließen zu kämpfen für die folgenden Rechte der Frauen:

- das Recht auf gerecht entlohnte Beschäftigung, auf gleichen Zugang zu Beförderung, Qualifikationserwerb, arbeitsrechtliche Sicherheit, Sicherheit am Arbeitsplatz - unter Berücksichtigung der natürlichen reproduktiven Rechte der Frauen;
- das Recht auf Bildungsmöglichkeiten mit anderen als kolonialen, kommerzialisierten und stereotypen Rollen, Methoden und Funktionen;
- das Recht, erzieherische und

- ungenügende Unterstützung des Stillens oder anderer, die Reproduktionsrolle der Frauen begleitender, Maßnahmen - gerade bei arbeitenden Müttern.

Nichtgewährung von und fehlende oder falsche Information zu Rechten und Wohlfahrt der Frauen und Kinder im Bereich:

- der Beschäftigung, was im Nichteinhalten des Prinzips "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" sowie den ungleichen Möglichkeiten für Frauen und Männer deutlich wird;
- der Bildung, was sich im kolonialen, kommerzialisierten, unwissenschaftlichen und stereotypen Charakter des Bildungssystems zeigt;
- des Eherechts, sowohl was gesetzliche Scheidungen, Gütertrennung etc. angeht als auch elterliche Rechte und Sorgerechte für die Kinder;

- der philippinischen Gesetzgebung und Politik, wie z.B. das Arbeitsrecht, Zivilrecht, Strafrecht und islamische Recht;

- von Hilfsorganisationen für mißhandelte Frauen/und Kinder, Vergewaltigungsoffer u.a.;

- der Erziehung, in der Kindern durch das Präsidenten-Dekret 1706 eine militärische Ausbildung aufgezwungen wird (von der 4. Klasse an aufwärts).

Doppelte Pflichten, was darin zeigt, daß:

- ungeachtet ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Produktion, Frauen hauptverantwortlich für die Hausarbeit und das Aufziehen der Kinder sind;
- Hausarbeit nicht als produktive Tätigkeit anerkannt wird.

- institutionalisierte Prostitution, Sextourismus, Kinderprostitution, unkontrolliertes Einströmen von Pädophilen und verschiedensten Perversen, die sich als Touristen maskieren;
- kommerzielle Ausbeutung von Frauen durch Pornographie;
- individuelle Vergewaltigung;
- Gewalt gegen Frauen in der Ehe;
- Braut-Versandhandel und anderes, mit falschem Glanz versehenes Verhökern von Frauen auf dem internationalen Markt.

- eine tiefgreifende Weiterbildung, Organisierung, Mobilisierung in allen Bereichen vornehmen, um das Selbstbewußtsein, den politischen Willen und die politische Teilnahme der Frauen stärken;
- eine militante Frauenbewegung ins Feld führen, die unauflöslich verbunden ist mit der Bewegung für Gerechtigkeit und Freiheit und den Bestrebungen, ausländische kapitalistische Interessen - speziell der USA und Japans - aufzudecken, die gewahrt und unterstützt werden durch die amtierenden politischen Autoritäten und die korrupte und volksfeind-

liche Staatsbürokratie, genauso wie durch das feudale Patriarchat, das insbesondere die Unterdrückungsstrukturen gegen die Frauen fortbestehen läßt.



kulturelle Strukturen aufzubauen, die die rückständige, unterdrückte und ausgebeutete Gesellschaft zerstören sollen;

- das Recht, die Würde der Frau durch Bildung und kulturelle Institutionen, wie Künste und Medien, Familie und Gemeinde, Schule und Kirche, zu erhalten und zu bilden;
- das Recht auf Schutz vor individueller und struktureller sexueller Gewalt;
- das Recht auf vollständigen Zugang zu Mutterschafts- und Kinderfürsorgemaßnahmen, sicherer und effektiver Empfängnisverhütung und anderen medizinischen Hilfen, sowie zu weiterer Infor-

mation, die die vollständige Selbstbestimmung der Frauen über ihre reproduktive Funktion fördert und schützt;

- das Recht auf angemessene Mutter- und Vaterschaftsbeihilfen in Form von Urlaub und wirtschaftlichem Ausgleich, sowie auf Unterstützung des Stillens und anderer, die Reproduktionsfunktion der Frauen begleitende, Maßnahmen, insbesondere für Frauen in Fabriken und Büros;
- das Recht, frei von der alleinigen Verantwortung für Haushalt und Kinderaufzucht zu sein, um ungehindert an ökonomischen und politischen Aktivitäten teilhaben zu können; und

- das Recht des ganzen philippinischen Volkes, anständig und menschenwürdig leben und seinen grundlegenden Lebensbedürfnissen nachgehen zu können, seines Eigentums sicher und frei von imperialistischer Vorherrschaft und lokalem Despotismus zu sein.

Verkündet und angenommen während des Zweiten Nationalen Kongresses von GABRIELA im Mt. Carmel Community Center, Quezon City, Philippinen, am dritten Tag im März 1985.

aus: GABRIELA, Vonvention Proceedings, March 2-3, 1985, S.45f

Übersetzung: Klaus Marquardt



ACHTUNG: (Mar)'cosbusters: Vergesst den großen Boß nicht! Sprengt ihre gemeinsame Herrschaft! (SOLID 1/85)

Ein weiteres Anwachsen der Proteste steht bevor: am 21. September jährt sich die Verhängung des Kriegsrechts zum 13. Mal.

- AG Phi 23/85

STREIKS

Zahl und Größe von Streiks sind gegenüber 1984 angewachsen. Bis zum 15. März wurden dieses Jahr 65 Streiks registriert, an denen 18.110 Arbeiter teilnahmen. Das sind 50 % mehr als im Vorjahr.

Eine Woche lang streikten die Arbeiter zweier Transportunternehmen auf Luzon. Vom 8. bis 15. März streikten 1000 Angestellte der Batangas Laguan Tayabas Bus Company und das Management mußte ihren Forderungen nachgeben. 5.000 Mitarbeiter der Philippine National Railways streikten gegen die Entlassung von Kollegen. Laut Malaya (Manila-Tageszeitung) fuhren am 20. März nur noch wenige Züge und diese unter Militärbewachung.

350.000 Arbeiter aus Manila und den größeren Provinzstädten versammelten sich zu 1. Mai-Demonstrationszügen vor offiziellen Gebäuden und Ministerien. In Bataan schlossen sich 20.000 einem Zwei-Tage-Marsch an, in Bacolod auf Negros kämpften 30.000 Zuckerarbeiter gegen Wasserwerfer und Polizeieinsatz. In Davao marschierten 15.000 durch die Stadt, während gleichzeitig Militär und Polizei Hausdurchsuchungen in Agdao/Davao durchführte und 5 Arbeiter in Toril, einem Vorort von Davao, verhaftete. In Iligan City wurden zwei verhaftet und ausländische Teilnehmer durchsucht und gewarnt.

Vom 3. bis 4. Mai rief die neugegründete oppositionelle Organisation BAYAN zum allgemeinen Streik auf, der breite Unterstützung bei der Bevölkerung von Mindanao fand

und das tägliche Leben lahmlegte. 14 Personen wurden von Patrouillen verhaftet und 4 verwundet.

Am 9. Juli war es genau ein Jahr, daß der Streik der Artex-Arbeiter begann. Fernsehen und internationale Presse zeigten den blutigen Militäreinsatz, um den Streik zu brechen. Das ist bis heute nicht gelungen. Inzwischen wiesen die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Pesos auf 28 P/Tag zurück. (26 Pesos unterhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes). Stattdessen hat die Arbeitergewerkschaft SAMAR neue Organisationen von Arbeitern und dort lebenden Anwohnern, Frauen und Jugendlichen ins Leben gerufen. Zahlreiche Solidaritätsaktionen sind auch international organisiert worden.

(Quellen: Business Day 10.4.85, Malaya 20.3.85 und KSP news service 7.5.85, PNF 8.7.85)

MARCOS ZIEHT NOTSTAND IN ERWAGUNG

Präsident Marcos fühlt sich in die Enge getrieben. Angeblich sind die Gewerkschaften von Mitgliedern der CPP (Kommunistische Partei) unterwandert. Ausnahme Gesetze sollten sich häufenden Streiks ein Ende machen und die Inhaftierung von Gewerkschaftsführern erleichtern. Laut ausländischen Geheimdiensten verschwinden seitdem laufend Funktionäre der Gewerkschaften und für die Zukunft wird die Möglichkeit der Ausrufung des Notstands nicht von der Hand gewiesen, wenn die militanten Streiks weitergehen. Marcos ließ sich noch von seinen eigenen Militärs und Kabinettsangehörigen davon abbringen, zu diesem Zeitpunkt Ausnahme Gesetze einzuführen.

- AG Phi 23/85
aus FEER 8.8.85

MACHTSPIELE

Präsident Marcos sicherte sich durch einen seiner Presidential Order vor kurzem den Befehl über die Polizeitruppen (Integrated National Police-INP). Bisher war Verteidigungsminister P. Enrile ihr oberster Dienstherr gewesen und General Ramos der 'Director General'. Offiziell hieß es, die Befehlsgewalt ginge an die lokalen Bürgermeister und Gouverneure über, deren oberster Dienstherr Marcos selbst ist. Der Wechsel wird als Schritt in Vorbereitung für die kommenden Wahlen gesehen.

- AG Phi 23/85 aus FEER 18.7.85

POLITISCHE ZUKUNFT

"Bei einem zukünftigen Sieg der Rebellen bedeutet dies keinen Einparteiensstaat", sagte ein Vertreter der CPP (Kommunistische Partei) in

NACHRICHTEN

"DIE STARKE HAND DES PRÄSIDENTEN"

Wohl kaum zu überbieten ist die Dreistigkeit, mit der Präsident Marcos seine Alleinherrschaft im Land verteidigt. Als die parlamentarische Opposition Anfang August erwägte, einen Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten zu stellen, drohte Marcos kurzerhand, die Nationalversammlung aufzulösen, falls die Opposition den Antrag tatsächlich stelle. Unbeeindruckt leitete die Opposition die "impeachment procedures" ein: Marcos wurden "Bestechung und Korruption, schuldhaftes Verletzung des Amtseids und andere schwere Verbrechen" vorgeworfen. Der Antrag kam jedoch nicht einmal vor die Nationalversammlung. Das parlamentarische "Komitee für Gerechtigkeit, Menschenrechte und eine gute Regierung", das sich mehrheitlich aus Abgeordneten der regierenden KBL-Partei zusammensetzt, lehnte am 13. August alle Anschuldigungen ab. Alle bis auf 2 Oppositionskandidaten und ein unabhängiger Abgeordneter hatten den Antrag zuvor unterschrieben.

Auch das sogenannte "Parlament der Straße" wurde im August wieder aktiv. Anlässlich des 2. Jahrestages der Ermordung Benigno Aquinos am 21. August gab es im ganzen Land wieder Massenproteste. Allein in Manila demonstrierten über 60.000 Menschen. Nach einem gemeinsamen Gottesdienst allerdings teilte sich der Demonstrationzug. Liberale und bürgerliche Gruppen zogen, angeführt von Butz, dem Bruder des ermordeten Aquino, in das Geschäfts- und Bankenviertel Makati, wo sich der Demonstrationzug mit Konfettiregen und Feuerwerk zu einem Volksfest entwickelte. 25.000 Anhänger von progressiven Gewerkschaften, Studentenverbänden und anderen sektoralen Organisationen marschierten in Richtung des schwer bewachten Präsidentenpalasts. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.